

# FRAKTIONSINFO

## SPD IN DER BVV PANKOW

---

### Inhalt

Fraktionsbilanz	Seite 1
Einführung in die Fraktionsarbeit	Seite 1
Hintergrundgespräch mit der Bezirkspresse	Seite 1
42. BVV: Anträge der SPD-Fraktion	Seite 2
Pressemitteilungen: SPD verteidigt Schulautonomie (03.04.2011)	Seite 2

---

### **Die SPD-Fraktion informiert** **Fraktionsbilanz**

Am 18. September wählt Berlin ein neues Abgeordnetenhaus. Damit endet nicht nur die aktuelle Legislaturperiode der Berliner Regierung, sondern auch die der zwölf Bezirksämter und Bezirksverordnetenversammlungen von Berlin. Zum Ende der laufenden Wahlperiode zieht die SPD-Fraktion in der BVV Pankow Bilanz über die Schwerpunkte ihrer Arbeit sowie die Erfolge in den unterschiedlichen Politikfeldern. Die Bilanz wird derzeit zusammengestellt und soll zur Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin NordOst am 28. Mai 2011 vorliegen. Bei dieser Versammlung will die SPD auch das kommunale Wahlprogramm diskutieren und beschließen. Anschließend wird die Bilanz veröffentlicht und kann ab Mitte Juni unter <http://www.spd-fraktion-pankow.de> eingesehen werden.

### **Einführung in die Fraktionsarbeit**

Welche gesetzlichen Grundlagen gibt es für die Arbeit der Bezirksverordneten? Wie viel Zeit ist pro Woche in die BVV-Arbeit zu investieren? Welche Aufgaben sind über den normalen Sitzungsturnus hinaus zu erledigen? Diese und ähnliche Fragen standen bei einem Treffen des SPD-Fraktionsvorstandes mit den voraussichtlichen neuen Mitgliedern der Fraktion nach der Wahl am 18. September im Mittelpunkt. Dabei wurden auch Fragen der Arbeitsorganisation in der künftigen Fraktion angesprochen sowie ein Anforderungsprofil an die neuen Fraktionäre entworfen. Um ihnen den Einstieg in die praktische Bezirkspolitik zu erleichtern, werden sie an aktuellen Projekten mitarbeiten und Sitzungen von BVV und Fraktion besuchen. Die erste Sitzung der SPD-Fraktion nach der Berlin-Wahl findet aller Voraussicht nach am 26. September 2011 statt, dann als gemeinsame Sitzung der alten und der neuen Fraktionäre.

### **Hintergrundgespräch mit Vertretern der Bezirkspresse**

Am 31. März 2011 folgten Vertreter der lokalen Medien der Einladung zu einem Pressehintergrundgespräch in die Räume der SPD-Fraktion. Dabei informierten die Fraktionsvorsitzende Sabine Röhrbein und der SPD-Kreisvorsitzende Alexander Götz unter anderem über die Entwürfe für das Bezirks- und das Landeswahlprogramm der SPD. Gesprächsthemen waren außerdem der Mieterschutz im Bezirk als eines der Schwerpunktthemen

der Fraktion, der bauliche Zustand von Kitas und Schulen, die Rekommunalisierung der Versorgungswirtschaft vor dem Hintergrund der Neuvergabe der Netzlizenzen und der S-Bahn sowie die Ausstattung und Struktur der bezirklichen Finanzen. Am Beispiel der Kastanienallee und der Pläne für die Bebauung des ehemaligen Güter- und Rangierbahnhofes im Pankower Zentrum thematisierten beide ferner das Engagement der SPD für transparente Bürgerbeteiligung.

### ***BVV-Sitzung am 11. Mai 2011*** **Anträge der SPD-Fraktion**

Zur 42. ordentlichen Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 11. Mai 2011 wird die SPD-Fraktion einen Antrag einreichen: Gegen die Klausel zur „Demokratieerklärung“ (VI-1329). Dieser gemeinsam mit der Linksfraktion eingebrachte Antrag richtet sich gegen die so genannte „Demokratieerklärung“ aus dem Bundesförderprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Er sieht vor, der Bundeskanzlerin und der Bundesfamilienministerin eine entsprechende Stellungnahme im Namen der BVV Pankow zukommen zu lassen.

Zum Hintergrund: Das neue Förderprogramm, das an Vorgängerprogrammen anknüpft und künftig für viele Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus die finanzielle Grundlage darstellen wird, beinhaltet eine Klausel zur „Demokratieerklärung“. In dieser heißt es: „Als Träger der geförderten Maßnahmen haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass einer Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.“ Nachdem mittlerweile Experten verfassungsrechtliche Bedenken zu dieser Klausel geäußert haben, sehen SPD und Linksfraktion das Engagement im Bezirk gefährdet und halten dazu in der Antragsbegründung fest: „Das BMFSFJ verlangt von Trägern der Demokratie-Arbeit, den potenziellen Partnerinnen und Partnern mit Misstrauen zu begegnen und sie im Zweifel beim BMFSFJ, der neu eingerichteten Bundesprogramm-Regiestelle beim Bundesamt für Zivildienst oder beim Verfassungsschutz als möglicherweise ‚extremistisch‘ zu melden.“ Das riskiert nach Ansicht der Antragsteller den weiteren Erfolg der Projekte.

Bei der BVV-Sitzung steht außerdem eine Reihe von Anträgen zur abschließenden Beratung auf der Tagesordnung, die auf Initiativen der SPD-Fraktion zurückgehen. Dazu gehört unter anderen ein Antrag für die Bestandsaufnahme der quartiersprägenden Plätze. Ferner wird ein Antrag zur Entwicklung des Rangier- und Güterbahnhofes Pankow debattiert, der zuvor im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung eine breite Mehrheit gefunden und dort von der SPD-Fraktion eingebracht worden ist. Er benennt Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Areals im Pankower Zentrum durch den Investor, die Krieger Grundstück GmbH, und fordert dazu auf, bei der Umsetzung des Vorhabens neue Wege der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu beschreiten, die über die üblichen Formen hinausgehen sollen. Abschließend heißt es: „Einzelheiten zur verträglichen Gestaltung der Einzelhandelsflächen, der Erschließung und ökologischen Bebauung des Areals sind dem zukünftigen B-Plan-Verfahren vorbehalten und in städtebaulichen Verträgen zu regeln. Hierbei sollen die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung im Vorfeld berücksichtigt werden.“

### ***Pressemitteilung vom 03.04.2011*** **SPD verteidigt Schulautonomie**

Zu den Angriffen von Bündnis 90/Die Grünen gegen die sozialdemokratische Bezirksstadträtin für Gesundheit, Soziales, Schule und Sport unter der Überschrift "Hat Pankow zu viel Geld für

Schulen?" erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Sabine Röhrbein:

„Die Grünen versuchen derzeit, sich auf Landesebene als Schulpolitiker zu profilieren – und nun haben sie sich dafür auch den Bezirk Pankow ausgesucht. Nur leider geht ihre Rechnung nicht auf. Die grüne Fraktionschefin Remlinger meint einen vermeintlichen Missstand zu erkennen, der keiner ist. Sie weiß ganz genau, dass die Schulen ihr gesetzlich verbrieftes Recht wahrnehmen, wenn sie für größere Anschaffungen Geld aus dem Topf der Lehr- und Lernmittel ansparen. Das ist Teil der vom Gesetzgeber gewollten Schulautonomie.

Und sie weiß auch: Trotz schwierigster Rahmenbedingungen hat sich in unserem Bezirk die Situation bei den Grundschulen entspannt. Die Schulversorgung der Abc-Schützen ist wohnortnah gesichert. Ebenso stehen ausreichend Plätze für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II zur Verfügung. Die Gemeinschaftsschulen erfreuen sich ebenso großer Beliebtheit wie die Sekundarschulen - unlängst wurde die Heinz-Brandt- Oberschule für den Deutschen Schulpreis 2011 nominiert und gehört damit zu den bundesweit 20 besten Oberschulen. Außerdem: In die Sanierung und die Modernisierung von Schulbauten sind aus verschiedenen Bauprogrammen allein 2010 rund 29 Millionen Euro geflossen. Diese Erfolge verdanken wir der konsequenten Infrastrukturpolitik der für die Schulen zuständigen Bezirksstadträtin Lioba Zürn-Kasztantowicz, die den Ausbau von Schulstandorten gezielt gefördert und die Reform der Schulstruktur zügig und im Dialog mit der Schulaufsicht und den betroffenen Schulen umgesetzt hat.

Richtig ist, dass unser Bezirk weiter wachsen und die Zahl der Schülerinnen und Schüler aller Schularten bis zum Jahr 2018 um weitere 17 Prozent auf dann 30.843 steigen wird. Das ist eine Herausforderung, der wir mit Augenmaß begegnen müssen.

Nach wie vor konnte der Sanierungsstau bei den Schulen nur leicht abgebaut werden. Es besteht immer noch ein Bedarf von rund 100 Millionen Euro. Die SPD wird sich auf Landes- und Bezirksebene mit Nachdruck dafür einsetzen, dass wir hier weiter vorankommen. Dabei ist Verschwendungssucht fehl am Platz. Demnächst sind mehrere neue Schulen und Klassen auszustatten. Dafür hat auch das Schulamt Geld angespart, das für die Erstausrüstung bestimmt ist. Auch das wissen die Grünen ganz genau. Wenn sie sich dumm stellen und nun fordern, die zurückgelegten Mittel jetzt auszugeben, riskieren sie, dass die Kinder der neuen Klassen auf dem Boden sitzen müssen.“

**Das nächste FraktionsInfo erscheint zur 43. BVV-Sitzung, die am 29. Juni 2011 stattfindet, und kann unter [www.spd-fraktion-pankow.de](http://www.spd-fraktion-pankow.de) herunter geladen werden.**